

Wia soll es in Deutschland weitergehen? — unter dieser Fragestellung hatte der „Friedenskreis Dachauer Bürger“ zu einem gesamtdeutschen Gespräch eingeladen, an dem als Vertreter des Friedensrates der Deutschen Demokratischen Republik Herr Ulrich, stellvertretender Chefredakteur der „Union“, Dresden, und ich teilnehmen sollten. Ich kam zum ersten Mal in meinem Leben nach Dachau. Erschüttert verließ ich es wieder, aus drei Gründen erschüttert:

Weld ich im Museum des ehemaligen KZ erneut mit den barbarischsten Greueln des Faschismus konfrontiert wurde und es einem immer wieder ungläubigst kommt, was Menschenhirne vor 23 Jahren in einem der hochentwickeltesten Staaten ausgesonnen hätten, um ihre politischen Gegner nicht nur physisch zu vernichten, sondern sie zuvor auf möglichst bestialische Weise zu quälen.

Ich war nicht darauf gefaßt, gerade im Dachauer Stadtbild den Revanchismus in Aktion zu finden. Aber bei unserem Fußweg vom Bahnhof zu dem Einberufer des Gesprächs — etwa 40 Minuten lang — fanden wir fast keine anderen Straßenbezeichnungen als diese: Sudetenlandstraße, Mermellandstraße, Banatstraße, Königsberger Straße, Danziger Straße, Breslauer Straße, Siebenbürgener Straße usw. usf. Keine Straße fanden wir, die den Namen auch nur eines der vielen Opfer des Dachauer KZ getragen hätte. (Ich kann nicht sagen, ob es solche Straßen gibt oder nicht. Ich hatte leider keine Zeit, mir Dachau gründlicher anzusehen.)

Als wir bei dem Einberufer der Versammlung eintrafen — es war 10 Minuten

namen wird von einer SPD-Mehrheit regiert, der Landrat, der die Versammlung verbietet, gehört der SPD an.

Das Internationale Forum in Köln, zu dem die Deutsche Friedensgesellschaft am 16. Juli 1966, dem Vortrag ihrer 3. Friedensfahrt auf dem Rhein, eingeladen hatte, konnte ungehindert stattfinden. Lediglich ein geladener tschechoslowakischer Friedensfreund, übriges Mitglied der Akademie der Wissenschaften, hatte kein Visum erhalten. Trotz ungünstiger Umstände (Übertragung eines Fußball-Weltmeisterspiels, an dem die westdeutsche Mannschaft beteiligt war, stromender Regen) war die Stadthalle Köln-Mülheim — die größte Halle Kölns — bis auf den letzten Platz besetzt. Teilnehmer des unter Leitung von Frau Dr. theol. Hannelis Schulte, Heidelberg, stehenden Podiumsgesprächs zur „Sicherung in Europa durch Verträge und Rüstungsbeschränkungen“ waren Prof. Dr. Delfgaauw, Holland, Jean Schäfer, Gewerkschaftssekretär und Mitglied der französischen Nationalversammlung, Prof. Dr. Bukowski, stellvertretender Vorsitzender des polnischen Friedensrates und Abgeordneter des Sejm, Dr. Kapitola, Chefredakteur des Zentralorgans der Sozialistischen Partei der CSSR, Prof. Rosenow, ein bekannter Historiker der UdSSR, der sich insbesondere mit Fragen des deutschen Faschismus und der Geschichte Westdeutschlands beschäftigt, sowie ich als Vertreter des Friedensrates der DDR. Es wurde sachlich und sehr offen diskutiert. Trotz drückender Hitze hielten die Zuhörer mit großer Disziplin pausenlos über

desrepublik. Irgendwie waren sie politisch interessiert oder doch wenigstens beunruhigt, hatten die weitverbreitete Lethargie allem Politischen gegenüber überwunden. Aber die Zeitungen — selbst die böswilligsten — mußten einstimmig zugeben, daß es so etwas seit langem nicht gegeben habe. Der Kölner „Express“ schrieb vom „größten Ost-West-Gespräch im internationalen Rahmen, das seit 1945 westlich der Elbe stattgefunden hat“.

Welch „objektiver“ Berichterstattung die westdeutsche Öffentlichkeit ansonsten ausgesetzt ist, dafür ein Beispiel: Die „Kölnische Rundschau“ — im Kopf „Unabhängige Zeitung für Köln“ und das Motto „Für Wahrheit und Fortschritt“ — überschrieb ihren Bericht mit der reißerischen Zeile „Friedensgesellschaft ohne Maske“, und als Untertitel fügte sie hinzu: „Prokommunistischer Appell in Köln-Mülheim“. Es stürzte sie offensichtlich nicht, daß von den Teilnehmern des Podiumsgesprächs nur zwei — Prof. Rosenow und ich — Kommunisten waren, eine Tatsache, die dem Berichterstatter völlig bewußt war. Nach einer einleitenden Tirade über die „Selbstpreisgabe der noch vor wenigen Jahren durchaus ehrbaren Deutschen Friedensgesellschaft“ wurde festgestellt, die Teilnehmer des Podiumsgesprächs hätten „hemmunglos gelogen“. Dann folgten angebliche Beweise für diesen vom Berichterstatter, einem Herrn Arthur von Machul, festgestellten Fakt. Es sei behauptet worden, „daß sich die DDR bis 1955, also bis zur NATO, geradezu nach freien Wahlen in der Zone gedrängt habe“, „daß die SED

Dazu wurde in Köln hemmunglos gelogen, zum Beispiel, daß sich die „DDR“ bis 1955, also bis zur NATO, geradezu nach freien Wahlen in der Zone gedrängt habe,

Eine der Erfindungen des Herrn v. Machul von der „Kölnischen Rundschau“. Die Berichtigung Prof. Dr. Rößlers wurde unterschlagen.

großer Spaß, den gesamten Briefwechsel kennenzulernen. Da das bei dem knappen Raum kaum möglich ist, wenigstens eine Kostprobe. Auf die Frage „Warum werden keine freien Wahlen aufgerufen?“ — die der Fragesteller in richtiger Erkenntnis, daß sich die DDR nicht majorisieren lassen könne, mit dem etwas naiven Vorschlag versah, „die Stimmen könnten prozentual ermittelt werden, da die DDR weniger Wähler besitzt“ — hatte ich geantwortet, daß Wahlen seit 1955 nur der Endpunkt einer allmählichen Annäherung beider deutscher Staaten sein könnten. In diesem Zusammenhang legte ich dar, wie 1955 das Tor zu gesamtdeutschen Wahlen durch den Beitritt Westdeutschlands zu den Pariser Verträgen zugeschlagen wurde. Seither sei die Wiedervereinigung nur etappenweise zu erreichen und gesamtdeutsche Wahlen lediglich als krönender Abschluß dieses langwierigen Prozesses zu denken. Von Charakter der Wahlen in der DDR war weder in diesem noch in einem anderen Zusammenhang die Rede. In der von mir geforderten Berichtigung sagte ich deshalb: „Es wurde nicht gesagt, daß sich die DDR bis 1955, also bis zur NATO, geradezu nach freien Wahlen in der Zone gedrängt habe“. Vielmehr habe ich festgestellt, daß von seiten der DDR immer wieder — von 1945 bis 1955 kurz vor der Ratifizierung der Pariser Verträge — Angebote gemacht worden seien mit dem Ziel, gesamtdeutsche freie Wahlen durchzuführen. Die Verdrehung dieser Aussage durch Herrn v. Machul ist besonders infam deshalb, weil sie nicht nur die geschichtliche Wahrheit entstellt, sondern zugleich mit einem Taschenspielertrick einem Redner der Veranstaltung in den Mund legen will, dieser habe „freie Wahlen in der Zone“ gefordert. Ich bin jedoch allen Auffassungen des Herrn v. Machul zum Trotz der Ansicht, daß es in der DDR seit eh und je freie Wahlen gegeben hat, so daß eine Zäsur in bezug auf diese Wahlen völlig unsinnig ist.“

Herr v. Machul macht nicht den geringsten Versuch, diesen von mir rekonstruierten Tatbestand zu streifen. Dennoch schreibt er frech und gottesfürchtig, ich hätte mit meinem Brief seine Darstellung bestätigt. Und jetzt kommt ein Glanzstück an Rabulistik: „Auch wenn Sie schreiben, Sie hätten lediglich gesagt, vor Begründung der NATO hätten Staat und Partei in Mitteleuropa freie Wahlen in ganz Deutschland angeboten, so haben Sie für jeden, der logisch zu denken vermag, damit zugleich zum Ausdruck gebracht, daß es damals nach dem Willen von Ostberlin eben und gerade auch in Mitteleuropa freie Wahlen hätte geben können und sollen.“

Nach diesem Kabinettstückchen läßt Herr v. Machul unvorsichtigerweise durchblicken, warum er nicht wahrheitsgemäß berichtet hat: „Mit dieser Behauptung aber wollten Sie bei Ihren Kölner Zuhörern zweifellos den Eindruck erwecken, und Sie haben das auch, wie protokolllarisch festgehalten, gesagt, daß es die Schuld der Bundesregierung in Bonn gewesen wäre, daß jene Chancen zu freien Wahlen in ganz Deutschland und also auch in Mitteleuropa nicht genutzt werden konnte. Sie haben dabei aber auch davon gesprochen, daß dies Angebot Ostberlins ... wiederholt gemacht worden wäre, ohne seitens von Bonn angenommen worden zu sein. Ich habe das, wie ich glaube sinngemäß, mit den Worten wiedergegeben. Sie hätten ausgesagt, Ostberlin hätte sich vor der NATO-Zeit geradezu nach freien Wahlen auch in Mitteleuropa gedrängt.“

Abgesehen davon, daß das letzte Wort dieses Ergusses im veröffentlichten Bericht des Herrn v. Machul fehlt, ist doch zu sehen, daß er durchaus richtig aufgefaßt hat, was ich in Köln sagte. Aber über das „Aullerungen als solche“ zu berichten, das erst anschließend verlogen zu klammern, das geht offenbar schon über die von Bonn praktizierte Pressefreiheit. Und etwas hat die Stirn, zu behaupten, wie ich führt das Motto „Für Wahrheit und Fortschritt“ im Wappen! So etwas macht in Bonner Gefilden öffentliche Meinung nicht hält sich dabei noch etwas auf seine Verantwortung „als Staatsbürger und insbesondere als Journalist“ zugute.

Es gibt Erdbeultherer zu berichten. Überall, ob in Köln oder Dachau oder anderen Orten, sind Menschen mit großer Bereitschaft an Werk, die geschichtliche Wahrheit zu verbreiten. Sie scheuen keine Mühe, ihre Opferbereitschaft könnte manchen von uns beschämen. In Dachau haben vier Mann in zwei Tagen fast Zehntausend Flugblätter verteilt (die ersten dann den Vorstand zum Verbot herbeigekallt) und keineswegs etwa nur in der Gegend oder in die Briefkästen geschoben, sondern vor den Betrieben, vor Kaufhäusern usw. an einzelne Personen abgegeben. In München wurde gerade ein Vietnam-Rapport vorbereitet, der in den Bayerischen Rundfunk eine ersteinstufige Anklage gegen den schmutzigen Krieg in Vietnam und die zunehmende Teilung westdeutscher Stellen enthält. Ich habe die feste Überzeugung gewonnen, daß Wahrheit kann in Westdeutschland verfolgt und unterdrückt, aber nie zum Schweigen gebracht werden.

Namen zu nennen in diesem letzten Abschnitt verbietet die Situation. Ich habe mit verantwortlichen Funktionären der Gewerkschaften und der SPD gesprochen und überall habe ich Bereitschaft zum politischen Gespräch gefunden. Dabei waren meine Gesprächspartner keineswegs „positionelle“, sondern im großen und ganzen doch davon überzeugt, daß die Deutsche demokratische DDR auch politisch verfolgt werden muß, sollen ihnen die einzige Möglichkeit, aus der Sackgasse herauszukommen. Nur — die Angst vor Pressurallien hält sie zunächst noch zurück von sich aus solche Gespräche zu initiieren. Ein Ortsvorsitzender des DGB hat mir mehrere Stunden sprach, sagte mir freimütig: „Natürlich interessieren mich politische Gespräche. Mich interessiert Ihre Meinung sehr. Aber wenn mich jemand vorher telefonisch oder schriftlich um solches Gespräch in meinem Dienstbereich bitten würde, müßte ich ablehnen, mit ihm zusammenzutreffen. Das ist Beschluß übergeordneter Leitungen.“ Der Oberbürgermeister einer Stadt von nahezu 200.000 Einwohnern, Abgeordneter des Landtages war schon etwas selbständiger. Er hat keine Bedenken, mich ins Rathaus einzuladen. Dort widmete er mir etwa zwei Stunden. Es war ein sehr freimütiges, offenes Gespräch, das wir führten. Die Meinungen prallten hart aufeinander. Aber es gab nur eine unsachliche Bemerkung, die sofort mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen wurde. Bei riesigen Vorbehalten uns gegenüber ist er zu Kontakten bereit. Dabei müßte ich bei einer eventuellen offiziellen Begleitung mit Vertretern einer Stadt der DDR natürlich auf kommunalpolitische Themen beschränken. Aber er hält sich an der SPD-Parteivorstandes, denn er fürchte, daß eine solche Delegation aus der DDR im Zusammenwirken mit gesellschaftlichen Kräften auch politisch in „seiner“ Stadt aufzutreten, und er selbst würde gerne an solchen politischen Gesprächen in diesem oder jener Form teilnehmen. Organisatorisch freilich könne er sie nicht.

Bei allem Bedauern, daß mich nichts dieser „Offenheit unter vier Augen“ befahl — denn mit solcher Offenheit hat sich das Blatt in Westdeutschland nicht wenden — habe ich doch den Eindruck gewonnen, daß auch hier eine Veränderung zu spüren ist. Die früher oder später sichtbaren Ausdruck finden kann, wenn wir sie in geeigneter Weise unterstützen.

Straßennamen in Dachau — Keine Zeit zum Mittagessen — Ein Glanzstück an

WESTDEUTSCHE

Von Prof. Dr. Johannes Rößler

IMPRESSIONEN

Rabulistik — Vier verteilten 10000 Flugblätter — Offenheit unter vier Augen

nach Behörden schluß — hatte dieser gerade das Versammlungsverbot erhalten. Der Zeitpunkt der Zustellung war gut gewählt: er machte sofortigen Einspruch unmöglich. Der Verbotsentscheid kostete 100 Mark „Verwaltungsgebühr“. Für die „widerrechtliche“ Durchführung der Versammlung wurden Gefängnisstrafen nicht unter sechs Monaten angedroht. Der Grund? Auf den Flugblättern, die zur Teilnahme aufriefen, war etwas darüber gesagt, warum die Gespräche zwischen SPD und SED in Karl-Marx-Stadt und Hannover zunächst nicht stattfinden können. Das „Händschellen-Gesetz“ — auf dem Flugblatt keineswegs so genannt — wurde als „Gesetz gegen Völkerverrecht und Grundgesetz“ charakterisiert. Da aber auch andere westdeutsche Bürger, darunter Kommunisten, zu dieser Einschätzung gekommen waren und diese publik gemacht hatten, wurde die Versammlung des „Friedenskreises Dachauer Bürger“ verboten. Weil der dringende Verdacht bestünde, daß auf der Versammlung die verbotene kommunistische Partei Deutschlands fortgesetzt werden sollte. So einfach ist das. Sage etwas, was vor dir auch ein Kommunist gesagt hat, und schon stehst du außerhalb von Recht und Gesetz.

Anmerkung: Die Stadt Dachau mit ihrer Versammlung revanchistischer Straßen-

namen wird von einer SPD-Mehrheit regiert, der Landrat, der die Versammlung verbietet, gehört der SPD an.

Natürlich waren die Teilnehmer am Forum und an der Friedensfahrt auf dem Rhein kein repräsentativer Querschnitt durch die gesamte Bevölkerung der Bun-

weltrevolutionären Ideen längst nicht mehr anhängig und dergleichen mehr.“

WISSENSCHAFT

IN DER DDR

Gelehrte aus Kuba besuchten DDR-Institute

Eine Delegation des Nationalen Forschungszentrums der Republik Kuba unter Leitung von Direktor Prof. Dr. José Comba besichtigte zwei Wochen lang Forschungsinstitute, Hochschulen und Kliniken in der DDR. Der Delegation gehören weiter an der stellvertretende Direktor des Instituts Prof. Dr. Wilfredo Torres und Prof. Dr. Fernando Blanco.

In einem ADN-Gespräch gaben die Gäste ihrer „äußersten Zufriedenheit über die erzielten Ergebnisse“ Ausdruck und berichteten über „eine ganze Reihe bedeutsamer Vereinbarungen, die mit verschiedenen Forschungsinstituten in Berlin, Dresden, Jena und Leipzig getroffen wurden und für beide Länder von Vorteil sind“. In den DDR-Instituten mochten sich die Wissenschaftler vor allem mit der Organisation und Planung der Wissenschaft vertraut. Die Delegation ist in die Sowjetunion weitergezogen.

Neue Hochschulinstitutionen

Nach Jena und Leipzig wurde nunmehr ein Institut für Pädagogische Psychologie der Humboldt-Universität eine psychologische Beratungsstelle eingerichtet. Erfahrene Pädagogen, Psychologen, Neurologen, Psychiater und Jugendforscher behandeln

AUS DEM AUSLAND

Neue Hochschule in Baku

Am 1. September dieses Jahres öffnete in Baku eine neu errichtete Hochschule für Volkswirtschaft ihre Pforten. 1800 Studenten werden hier von über 300 Dozenten (darunter 18 Professoren und Doktoren der Wissenschaften) an den fünf Fakultäten (Industrieökonomie, Volkswirtschaftsplanung, Fonds-Kredite - Statistiken, Buchhaltung und Abrechnung, Warenkunde) unterrichtet.

Jüngste Universität Rumaniens

Mit Beginn des neuen Studienjahres öffnete die fünfte Universität Rumaniens in Craiova ihre Pforten. Sie wird über sieben Fakultäten verfügen, und zwar eine mathematische, chemische, philologische, wirtschaftswissenschaftliche, elektronische sowie eine landwirtschaftliche-gärtnerische Fakultät. Ferner wird zur Universität das Pädagogische Institut gehören, das Inhaber von drei Jahren Lehrer für Geschichte, Geographie und Naturwissenschaften ausbildet. Be-

AUS

UdSSR exportiert Gesundheit

Zur Zeit sind 400 sowjetische Ärzte im Ausland tätig, deren Arbeit dort hohe Anerkennung findet. Das erklärte gegenüber der „Prawda“ Gennadi Nowgorodzew, Mitarbeiter des sowjetischen Gesundheitsministeriums. Einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung des Gesundheitswesens in den jungen unabhängigen Nationalstaaten leistete die Sowjetunion über die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Vor kurzem erst hat die Sowjetregierung der WHO 75 Millionen Einheiten Antipoden-Impfstoff zur Verfügung gestellt.

Unterricht trotz Bombenterror

Gab es auf dem Territorium von Nordvietnam unter französischer Herrschaft für 100 Dörfer nur eine höchst primitive Schule, so verfügt heute jedes Dorf über eine Grundschule, drei bis vier Kreise über eine Mittel- oder Oberschule. Insgesamt gibt es 10.150 allgemeinbildende Schulen und 160 mittlere Fachschulen. An den 15 Hochschulen und Universitäten studieren fast 30.000 Studenten.

In den ersten vier Jahren des Fünfjahresplanes der Erwachsenenbildung haben drei Millionen Erwachsene die vierte Klasse absolviert und weitere 420.000 die siebente Klasse beendet. Die zehnte Klasse wurde von 37.000 Schülern erfolgreich abgeschlossen. Trotz der nahezu ununterbrochenen USA-Bombenangriffe

WESTDEUTSCHLAND

FDJ-Delegation auf SDS-Kongreß

Eine Delegation der FDJ nahm auf Einladung des SDS-Bundesvorstandes an der 21. Ordentlichen Delegiertenkonferenz des westdeutschen Studentenschafts SDS in Frankfurt am Main teil. Günther Schneider, Leiter der FDJ-Delegation, überbrachte der Konferenz die Grüße des Zentralrates und sagte unter dem Beifall der Delegierten: „Angesichts der aufziehenden Gefahr für die Zukunft unserer Nation ist es notwendiger denn je, die gemeinsamen Interessen in den Lebensfragen zu suchen und zum gemeinsamen Handeln zu gelangen, damit die demokratische Jugend in beiden deutschen Staaten der Koalition von Nationalplanern und Atomstrategen die vorgezeichnete Pläne durchkreuzt.“

Die Konferenz erklärte sich in einem Beschluss mit den Forderungen der Nationalen Befreiungsfront Südvietsams und der amerikanischen Opposition gegen die USA-Aggression solidarisch und verlangte den sofortigen Abzug der USA-Truppen aus Vietnam sowie die Einstellung jeder Hilfe der Bundesrepublik für das Saigoner Regime. Die entschiedenen und aktiven Teile der westdeutschen Opposition gegen den Vietnamkrieg will der SDS zu wirksamen öffentlichen Kundgebungen und Demonstrationen zusammenführen.